

Norddeutschland, der NSU und rechter Terror

Begrüßung

Dr. Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin

Begrüßung zur Tagung „Norddeutschland, der NSU und rechter Terror“ am 4. November 2016 in Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor ziemlich genau fünf Jahren, am 11. November 2011, tagte die erste Ost-West-Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in Lutherstadt Wittenberg unter dem Titel „Das Ganze verändern, nicht nur die Nische“. Das Treffen fand also fast genau zu dem Zeitpunkt statt, an dem die NSU und ihre Taten öffentlich wurden. Das Ausmaß der Morde war damals erst in Ansätzen sichtbar. Noch nicht absehbar war damals, welche erschütternden Fehler und Verdeckungsaktivitäten sich der Verfassungsschutz und die Ermittlungsbehörden in diesem Fall geleistet hatten und noch leisten würden.

Der erste NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages sah das genauso. In seinem Abschlussbericht hält er fest, dass der Rechtsextremismus behördenübergreifend unterschätzt wurde und, ich zitiere: „nicht ergebnisoffen und vorurteilsfrei, sondern mit Ressentiments ermittelt“ wurde.

Mehr als Ressentiment müssen wir wohl heute sagen und ohne Bewusstsein für die bzw. unter Verharmlosung der Geschichte des Rechtsterrorismus; schauen wir nur auf Norddeutschland:

Der tödliche Brandanschlag am 22. August 1980 von zwei Mitgliedern der neonazistischen „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA), die von dem Alt- und Neonazi Manfred Roeder gegründet wurde, auf eine Sammelunterkunft in Hamburg-Billwerder, in der vor allem sogenannte Boat People, Flüchtlinge aus Vietnam, lebten. Bei dem Brandanschlag starben die zwei jungen Vietnamesen Ngoc Chau Nguyễn und Anh Lân Dô. An die Wand des Wohnheims sprühten die Täter_innen „Ausländer raus“. Wenig später beginnt Michael Kühnen hier mit dem Aufbau der NSDAP/AO – es gibt Menschen in Hamburg, die sich noch gut daran erinnern, wie Kühnens Gruppe Wehrsportübungen im Hamburger Umland gemacht und in der Hamburger Innenstadt autonome Zentren angegriffen und Punks und Linke überfallen hat. Am 24. Dezember 1985 stirbt Ramazan Avci an den Folgen der schweren Verletzungen, die er bei einem Angriff von 30 neonazistischen Skins in Hamburg-Hohlfelde erlitten hatte. Am 23. November 1992 sterben Bahide Arslan (51) und deren 10 und 14 Jahre alte Enkeltöchter Yeliz und Ayse in den Flammen ihres Hauses in Mölln, auf das junge Neonazis einen möderischen Brandanschlag verübt hatten. Am 18. Januar 1996 sterben in Lübeck bei einem rassistischen Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Hafensstraße Monica (Maiamba) Bunga und ihre siebenjährige Tochter Suzanna (Nsuzana). In ihrer Wohnung

im zweiten Stock verbrannten neben der 29-jährigen Françoise Makudila ihre fünf Kinder Christine, Miya, Christelle, Legrand und Jean-Daniel Makudila. In einer anderen Wohnung, ebenfalls im zweiten Stock, erstickte der siebzehnjährige Rabia El Omari. Er hatte noch seine Familie geweckt, sich selber aber nicht mehr retten können. Nach der Löschung des Brands fand man in dem Vorbau die stark verbrannte Leiche des 27-jährigen Sylvio Amoussou. Die Täter sind bis heute durch eine ungeheuerliche Ignoranz der Ermittler nicht zur Verantwortung gezogen.

Und am 27. Juni 2001 erschießen Mundlos und Bönnhardt den damals 31-jährigen Familienvater Süleyman Tasköprü in seinem Gemüse- und Lebensmittelladen mitten in Hamburg-Altona in der Schützenstraße.

Allen diesen Taten gemeinsam ist, dass die Täter mit ihrer mörderischen Gewalt auf eine sich langsam öffnende Gesellschaft, auf eine gesellschaftliche Vielfalt, auf eine Gesellschaft der Vielen zielten und zielen – in Phasen, in denen Flucht und Zuwanderung in der öffentlichen Debatte stehen, in denen der Stammtisch und auch Teile der Politiker*innen Hand in Hand Geflüchtete und Migrant_innen als „Bedrohung“ definieren und in denen sich die Täter von Hamburg und Rostock, von Mölln und Lübeck als Vollstrecker eines Volkswillens legitimiert fühlten – und fühlen. Alle Fälle eint auch, dass die Strafverfolgungsbehörden die politische Dimension der Gewalt so lange wie möglich leugneten und schlimmer noch, in einer für rassistische und rechte Gewalt prägenden Art und Weise eine Täter-Opfer-Umkehr vornahmen, die die überlebenden Opfer in den Verdacht der Täterschaft stellte und sie zum zweiten Mal traumatisierte, sie aus der Gesellschaft ausschloss und die öffentliche Erinnerung an die Opfer verhindert.

Bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 schien diese tödliche Dimension neonazistischer und rassistischer Gewalt in Norddeutschland nahezu aus dem öffentlichen Bewusstsein und Gedächtnis getilgt: Das Problem wurde – und wird – im Osten verortet nach dem Motto: andernorts, nur nicht hier. Mit dem Gedenken an die Ermordeten blieben die Angehörigen weitgehend alleine.

Für unsere gesamte Gesellschaft, und in schmerzhafter Weise auch für die Kirchen gilt es, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und auch Antisemitismus und Islamophobie oder antimuslimischen Rassismus in den Blick zu nehmen. In den letzten Jahren hat sich in den evangelischen Landeskirchen und in der EKD-Synode – also unserem „gesamtkirchlichen Parlament“ - die Einsicht durchgesetzt, dass wir uns als Kirche angesprochen fühlen müssen: Die Kirche ist Teil des Problems. Nur wenn wir das verstehen, können wir auch Teil der Lösung sein.

Gerade weil wir Kirche in einer Migrationsgesellschaft sind, müssen wir uns mit menschenfeindlichen Einstellungen, auch in der Mitte unserer Gesellschaft, in unserer Mitte intensiv beschäftigen. Damit sind wir im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften spät dran.

Es ist deshalb wichtig, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und in Bündnissen und Projekten, wie zum Beispiel bei „NSU-Watch“ oder wie hier vor Ort in einem breiten Bündnis engagiert und einen kritischen und selbstkritischen Geist auch in kirchlichen Strukturen und Debatten zum Klingen bringt. Wir amhen mit Pressearbeit, mit Konferenzen und mit Veranstaltungen wie der heutigen immer wieder eines deutlich: Das NSU-Desaster kann nicht allein von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen aufgearbeitet werden. Auch genügt es nicht, dass Behörden ihr eigenes Versagen aufklären. Wir brauchen eine kritische öffentliche Debatte, die das gesamte Gefahrenpotenzial des Rechtsextremismus in den Blick nimmt.

Wir haben es hier mit einer gesamtgesellschaftlichen Problematik zu tun, die eine gesamtgesellschaftliche Form der Bearbeitung erfordert - damit sind zum Beispiel auch die zivilgesellschaftliche kritische Begleitung von Behördenhandeln gemeint und nicht zuletzt die gesellschaftliche Solidarität mit Opfern und Betroffenen rechter Gewalt.

Mit einer wachen und gut vernetzten Zivilgesellschaft kann minderheitenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und muslimfeindlichen Einstellungen, die der stetige Nährboden für extreme rechte Strukturen und Rechtsterrorismus sind, dauerhaft der Boden entzogen werden.

Mit dieser Veranstaltung verfolgen wir drei Ziele:

1. Die Erinnerung an die Ermordeten und die Forderungen ihrer Angehörigen in der Öffentlichkeit zu verankern – und diejenigen anzuhören, die zum Teil seit mehr als zwei Jahrzehnten um angemessenes Erinnern & Gedenken kämpfen.
2. Deutlich zu machen, dass und wie viele offene Fragen und Lücken im NSU-Komplex auch und insbesondere in Bezug auf die beiden norddeutschen Tatorte – Hamburg und Rostock noch vorhanden sind – und dass es eine breite Öffentlichkeit gibt, die fordert, dass das Versprechen der umfassenden Aufklärung endlich umgesetzt wird.
3. Uns der Frage anzunähern, welche militanten, rechtsterroristischen Netzwerke in Norddeutschland aktiv sind und auch als mutmaßliche Unterstützerstruktur für das NSU Kerntrio in Frage kommen.
4. Dies ist umso notwendiger, weil wir angesichts der aktuellen Welle rassistischer Mobilisierungen und Gewalt die Muster, die wir seit drei Jahrzehnten beobachten – Täter-Opfer Umkehr, Verschweigen, Verharmlosen, Ignorieren der rechten / rassistischen Motivation etc. – noch immer funktionieren und gepflegt werden und weil die Gefahr besteht, dass wir mit einer neuen Generation Terror von Rechts konfrontiert sind.

Zum Schluss noch eine kleine rabbinische Auslegung der Schöpfungsgeschichte:
Warum stammen nach biblischem Zeugnis alle Menschen von Adam und Eva ab?
Niemand soll sich auf Grund seiner Herkunft über andere Menschen erheben können.

Ich danke Heike Kleffner und Annika Eckel für die großartige Organisation dieser
Tagung und auch der BpB für die sehr großzügige finanzielle Unterstützung
Finanzierung wie Karl Georg Ohse von „**Kirche stärkt Demokratie**“ und Friedemann
Bringt, BAGKR

Sowie natürlich allen Kooperationspartnern und alle Podiumsteilnehmer*innen, sowie
Stepan Link, der für die Ev. Akademie der Nordkirche nun ein Grußwort spricht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.